



Evangelische Volkspartei
Kanton Solothurn



André Wyss
Kantonsrat Solothurn

Sessionsbericht 28./29. Januar 2020

Die Januar-Session dauert traditionsgemäss nur zwei (statt normalerweise drei) Halbtage und sie startet jeweils mit der Eröffnungsansprache des neuen Präsidenten. Traktandiert waren insgesamt 41 Geschäfte, davon konnten aber nur deren 16 abgearbeitet werden, was zeigt, dass es beim einen oder anderen Geschäft einiges zu diskutieren gab.

Ausführlich debattiert wurde über den damals von mir, zusammen mit zwei Kollegen, eingereichten Auftrag zur **Minimierung von Mobilfunkstrahlung**. Die stetig zunehmende Strahlenbelastung für Mensch und Umwelt ist längst bekannt und messbar; uneinig ist man sich lediglich über die daraus entstehenden (langfristigen) Auswirkungen. Im Gegensatz zu anderen Kantonen, welche ein Moratorium ausgesprochen haben (solange die Folgen nicht klar sind), war es uns als Urheber des Auftrages ein Anliegen, die laufenden technischen Entwicklungen nicht einfach zu «blockieren». Daher wählten wir einen aus meiner Sicht sehr moderaten Auftragstext. Aber, sowohl die Regierung, wie auch die vorberatende Kommission und schliesslich auch der Kantonsrat (mit 26:53, bei 11 Enthaltungen) sieht keinen Handlungsbedarf, um die Solothurner Bevölkerung auf irgendeine Art und Weise vor der Strahlenbelastung zu schützen. Zwar gaben praktisch alle zu bedenken, dass die langfristigen Risiken nicht geklärt sind. Schlussendlich waren dann aber wirtschaftliche Überlegungen wichtiger als die Gesundheit der Bevölkerung.

Persönlich

Votemässig habe ich mich beim Thema **«Mobilfunk»** und beim Auftrag **«Sozialhilfe»** gemeldet.

Als ehemaliges Vorstandsmitglied einer Sozialregion hatte ich mich einige Male mit Sozialhilfebezügern auseinandersetzen müssen, welche ihren Pflichten nicht nachgekommen sind und sich unkooperativ verhalten haben. Allerdings sollte man aus meiner Sicht darauf achten, nicht zu pauschalisieren. So setze ich mich klar für Missbrauchsbekämpfung ein. Dabei dürfen aber jene, welche wirklich Sozialhilfe benötigen und sich korrekt verhalten, nicht benachteiligt werden.

In der Zwischenzeit hat sich sowohl der Regierungsrat wie auch die FIKO für meinen im Juli 2019 eingereichten Vorstoss **«Anpassung bei der Schenkungssteuer»** ausgesprochen. Der Auftrag kommt somit in der nächsten oder übernächsten Session auf den Tisch.

Diskutiert wurde über die Interpellation **«Waldsterben aufgrund der Trockenperiode»**. Durch die sich veränderten klimatischen Bedingungen haben die heimischen Baumarten teils ihre Mühe, während andere, «exotische» Arten gedeihen. Die Förster unter uns reden daher nicht von einem «Waldsterben», sondern von einer «Waldveränderung». Der Wald wird sich der Entwicklung anpassen, sind sie sich sicher. Welche Folgen aber auf die Menschen zukommen, da ist man sich noch uneinig.

Als eine mögliche klima-unterstützende Massnahme hat der Kantonsrat einen Auftrag zur **»Ökologisierung der Motorfahrzeugsteuer«** angenommen, welcher Massnahmen von Regierungsrat verlangt, falls auf nationaler Ebene nicht in absehbarer Zeit bereits eine Lösung vorliegt.

Die SVP wollte das geltende Sozialhilfesystem «umkehren»: Zurzeit erhalten die Sozialhilfebezüger einen bestimmten Grundbetrag, welcher jedoch bei nicht-Kooperation durch die Sozialregionen gekürzt werden kann. Die SVP wollte nun eine **Senkung des Grundbetrages um 30%**, wobei jene, welche sich kooperativ verhalten, sich einen Bonus «erarbeiten» könnten. Was auf den ersten Blick als Anreiz sinnvoll tönt, ist in der Umsetzung nicht ganz so einfach. Der Antrag war nur innerhalb der SVP unbestritten und wurde schliesslich klar mit 23:68 verworfen.

In Kürze

Neu werden die **Transportkosten für alle Schüler** bis zum Ende der obligatorischen Schulzeit bezahlt. Bisher war dies bei den Schülern der Sek P, welche nach der 8. Klasse in die Kantonsschule übertreten, nicht der Fall. Eine Gesetzesänderung, welche ein **neues politisches Instrument bei der ausserordentlichen Gemeindeorganisation** vorsieht, wurde mit 49:45 (inkl. meiner Zustimmung) nur knapp angenommen. Somit wurde das Zweidrittel-Quorum nicht erreicht und so hat das Volk das letzte Wort anlässlich einer obligatorischen Volksabstimmung.

Die nächste Session findet am 17./18./25. März 2020 statt.

André Wyss